

Der BDI als Katalysator der multiplen Krise und der »Zeitenwende«¹

Die Debatte zur »multiplen Krise« ist nicht neu. Sie erreichte einen Höhepunkt mit der 2008 offen ausgebrochenen globalen Finanzkrise, der Ernährungs- und Energie-, Wirtschafts- und Währungskrisen folgten. Die Umweltkrisen und das Scheitern der UN-Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 machten deutlich, dass eine menschheitliche Reproduktionskrise voranschreitet. Große Bevölkerungsgruppen in den EU-Mitgliedsländern, vielleicht sogar Bevölkerungsmehrheiten, schlussfolgerten, dass es so nicht weitergehen könne, ein grundsätzliches Umsteuern von »Politik, Wirtschaft und Gesellschaft« erforderlich sei. Die gegenwärtige Diskussion über eine »multiple Krise« aber fällt mit der Debatte zur »Zeitenwende« zusammen und fragt nach strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen. Da sollten die sozialistischen Kräfte die Ursachen der Krisen und der ungenutzten Möglichkeiten für einen Politikwechsel hin zu sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung diskutieren. So soll an Rosa Luxemburg erinnert werden, die immer wieder erklärte: »Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.« (Luxemburg 1916, S. 53). Ihre Anhänger/innen müssen sich also fragen, inwiefern sie kollektiv ihre politischen Handlungsbedingungen analysierten, Schlussfolgerungen debattierten und politikwirksam machten und was daraus zu lernen ist. »Die erste Bedingung einer erfolgreichen Kampfpolitik ist das Verständnis für die Bewegungen des Gegners. Was gibt uns aber den Schlüssel zum Verständnis der bürgerlichen Politik bis in ihre kleinsten Verzweigungen, bis in die Verschlingungen der Tagespolitik, ein Verständnis, das uns gleichermaßen vor Überraschungen wie vor Illusionen bewahrt? Nichts anderes als die Erkenntnis, daß man alle Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins, also auch die bürgerliche Politik, in ihrer inneren Zerrissenheit aus den Klassen- und Gruppeninteressen, aus den Widersprüchen des materiellen Lebens und in letzter Instanz »aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen« erklären müsse.« (Luxemburg 1903, S. 372–373)

Das fordert zu politökonomischer und somit historischer Arbeit heraus, zur Analyse der konkreten Hauptakteure der kapitalistischen Produktionsweise in ihren gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Solche Hauptakteure sind die »Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft«: Der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). Seit 1965 kommen ihre höchsten Repräsentanten jährlich zum Austausch zusammen. Sie betreiben eine gemeinsame

1 Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag im Rahmen der Marxistischen Studienwoche 2023.

Website², treffen sich einmal im Jahr mit dem/der Bundeskanzler/in und agieren koordiniert gegenüber »Staat und Politik«. Sie wirken in EU-weiten und globalen Zusammenschlüssen bzw. Gremien zur Industrie- und Wirtschaftspolitik. In diesem Text interessiert vor allem der BDI, der besonderen Anteil an der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung und der Art und Weise ihres Verlaufes, an einer multiplen Krise und der »Zeitenwende« hat.

Der BDI – Aufbau und Struktur

Der BDI, dessen Geschichte mit der Weimarer Republik und den Nationalsozialisten verquickt ist³, wurde offiziell 1949 gegründet und 1950 in Bundesverband der Deutschen Industrie umbenannt. Er hat derzeit 35 Mitgliederverbände, darunter eine Arbeitsgemeinschaft aus sechs Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. (Einzelunternehmen können kein Mitglied sein). Er spricht daher für insgesamt 40 Branchenverbände⁴, darunter die Bundesverbände der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV) und der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V. (BDLI). 15 Landesvertretungen setzen sich für die »Interessen der Industrie« auf regionaler Ebene ein. Neben seinem Hauptsitz im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin verfügt der BDI über weitere Büros⁵ und Präsenzen in Brüssel, Washington und Peking. Der Verband finanziert sich aus Beitragszahlungen seiner Mitglieder und Zuweisungen von einem aus ca. 80 Unternehmen bestehenden Förderkreis der Deutschen Industrie e.V.⁶. Dieser ist im Präsidium des BDI vertreten⁷. Die acht derzeitigen Top-Manager/innen aus Deutschland, die dem European Round Table of Industrialists (ERT) mit insgesamt 57 Mitgliedern angehören, repräsentieren ausschließlich Unternehmen, die zu BDI-Mitgliederverbänden gehören. Der BDI kann sich nachhaltig in die Entstehungsprozesse von wirtschaftspolitischen Gesetzen einbringen. Er verfügt über insgesamt 18 Fachausschüsse und ist wie auch seine Mitgliederverbände mit allen für sie relevanten politischen, parlamentarischen, wissenschaftlichen, staatlichen, militärischen, rechtlichen und anderen Akteuren im Austausch. Auch der ERT und die Europäische Kommission pflegen eine intensive Kooperation in der Gesetzgebung.

Oligarchische Strukturen

»Die Politik tut sich schwer mit unternehmensfreundlicher Gesetzgebung ... Dass in der Marktwirtschaft aber weniger (Regulierung) mehr (Wohlstand) bedeuten kann, ist eine Überzeugung, die wieder mehrheitsfähig werden sollte«, heißt es

2 Spitzengespräch (www.spitzengespraech.de)

3 <https://bdi.eu/artikel/news/vorgesichte>

4 <https://bdi.eu/der-bdi/mitglieder>

5 <https://bdi.eu/der-bdi/internationale-standorte>

6 <https://www.industrie-foerderkreis.de/de>

7 https://lobbypedia.de/wiki/Bundesverband_der_deutschen_Industrie, siehe ferner Einträge der BDI unter <https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche?q=Bundesverband+der+deutschen+Industrie&searchReferer=%2Fstartseite&filter%5BactiveLobbyist%5D%5Btrue%5D=true>

auf der aktuellen Website des BDI⁸. Dieser engagiert sich seit seiner Gründung für die Profitmaximierung seiner Mitglieder und daher für die Exportinteressen von Unternehmen, den Schutz gegen Konkurrenz aus »Billiglohnländern«, die Teilhabe an transatlantischer militärischer Integration. Dafür organisiert er innerverbandlichen Konsens, sucht Interessenharmonisierung mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), erschließt und nutzt seine Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen, bis hin zur Besetzung von Spitzenämtern in der Regierung (siehe z. B. die Rolle des BDI für den Rücktritt des SPD-Wirtschafts- und Finanzministers Lafontaine 1999 [Bührer/Grande 2000, S. 176]. Anlass: L. wollte Kapitalverkehrskontrollen). Bei der Entwicklung der (west)europäischen ökonomischen Integration ging es dem BDI darum, eher marktwirtschaftliche Lösungen als supranationale Steuerung zu erwirken. Seine politischen Forderungen waren/sind ausgerichtet auf mehr eigene Handlungsmöglichkeiten – ergo: Liberalisierung und Deregulierung, konkrete Kommerzialisierung und Privatisierung –, auf Stärkung des Industriestandortes (West)Deutschland in der internationalen Konkurrenz, auf eine entsprechende Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Konkrete Überakkumulation und wirtschaftliche Disproportionen, Wirtschafts- und Strukturkrisen, innen- und außenpolitische Konflikte, Beteiligung an Rüstung und Krieg, Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, wachsende menschheitliche Existenzprobleme sind die zwangsläufigen Folgen derartigen Politik und Entwicklung. Die Auseinandersetzung der Bundesregierung mit kulminierenden Wirtschaftskrisen mündete in drei bundespolitische Bündnisse mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften und in die Agenda 2010. Diese Bündnisse waren: die »Konzertierte Aktion« (1967–1977/8), das »Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit« (1993–2003) und das Bündnis für »Zukunft der Industrie«, das seit 2014 läuft und als Plattform konzipiert ist, in der »Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam einen guten Plan für die Zukunft unseres Industriestandorts und Impulse für seine Umsetzung entwickeln«.⁹ Dieses Bündnis zählt 17 Akteure aus Gewerkschaften, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, der Deutschen Industrie- und Handelskammer sowie dem Bundeswirtschaftsministerium. Es führt jährliche Konferenzen durch und hat 2023 Empfehlungen für eine neue Industriestrategie vorgelegt¹⁰.

Der hier mitwirkende BDI hatte auch relevanten Anteil an der Agenda 2010. In ihrem Rahmen setzte die damalige Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen insbesondere in den Jahren 2003–2005 Gesetze zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik um, die die sozialen Rechte großer Teile der Bevölkerung gravierend beschnitten, soziale Prekarität expandieren ließen, Einkommen und Vermögen von unten nach oben massiv umverteilten.

8 <https://bdi.eu/themenfelder/recht-und-wettbewerb/recht-schafft-wohlstand>

9 <https://buendnis-zukunft-der-industrie.de/netzwerk/>

10 https://issuu.com/bdi-berlin/docs/230210_buendnis_zukunft_industrie_eingabe_neue_ind/1?ff.

Katalysator der multiplen Krise

Die Realisierung dieser vier Projekte hat nachhaltig jene Akteure gestärkt, die wegen ihres Interesses an Profitmaximierung auf weitere Deregulierung und Liberalisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung und dafür auf »schwarze Nullen« drängen. Zugleich verfolgen sie internationale Vereinbarungen zu Freihandel, Schutz von Investitionen wie »geistigem Eigentum« und Schuldenpolitik zu ihren Gunsten. Sie orientieren auf einen Industriestandort Deutschland und eine Europäische Union, die ihnen langfristigen Erfolg in der globalen Konkurrenz garantieren. Der BDI ist hierbei treibend. Primäre und sekundäre Ausbeutung und ihr Zusammenspiel werden forciert. Primäre Ausbeutung meint die äquivalentlose Aneignung des im Produktionsprozess geschaffenen Mehrprodukts, sekundäre Ausbeutung ist die Umverteilung von Arbeitseinkommen, Vermögen und Eigentum zugunsten der ökonomisch Stärkeren über die Zirkulationssphäre, insbesondere über globalisierte Finanzmärkte. Hier agieren institutionalisierte Finanzmarktakteure, die mit innovativen Finanzprodukten operieren. Die Politik des BDI führt nicht zuletzt zum Anwachsen liquider Geldmittel, mit denen auf den aufgeblähten internationalen Finanzmärkten spekuliert wird, was Finanzkrisen befördert. Diese wiederum spitzen Wirtschafts-, Umwelt- und Reproduktionskrisen zu, generieren neue Krisen und verstellen die Bedingungen für die nachhaltige Bekämpfung von Krisenfolgen und Krisenursachen.

Der BDI als Akteur der Zeitenwende

Bereits im Juli 1952 beschloss das BDI-Präsidium, den »Arbeitskreis für Rüstungsfragen« zu schaffen. Dieser organisierte eine intensive Zusammenarbeit zwischen Repräsentanten der Westalliierten bzw. der NATO und ihren industriellen Dienstleistern in Westdeutschland. Nach der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO haben die Spitzen der Rüstungsunternehmen 1957 auf Initiative des Bundesministeriums für Verteidigung eine weitere Arbeitsgemeinschaft gegründet, aus der die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e. V. (DWT) hervorging. Angestrebt waren der Austausch und »kurze Draht« zwischen Produzenten, Finanziers und Militärs, politischen und staatlichen Akteuren¹¹, zumal seit den 1960er Jahren westdeutsche Firmen wieder Rüstungsgüter exportierten. Während der BDI in den 1980er Jahren um wirtschaftliche Freiheiten und Technologieförderung, auch und insbesondere für die Rüstungsunternehmen rang, vollzogen sich europäisch und global dramatische Veränderungen: Zum einen schritt bei militärischer Hochrüstung die neoliberal dominierte Internationalisierung der Wirtschaft voran, zum anderen kollabierten mehr oder weniger damit verbunden die DDR und vor allem das sogenannte sozialistische Weltsystem. Das vermochten die emanzipativ-solidarischen Kräfte trotz des Wunsches breiter Teile der Bevölkerung nach Entmilitarisierung und internationalem Neubeginn nicht für einen grundsätzlichen Politikwechsel zu nutzen. In den Irak- und Ju-

11 <https://www.rosalux.de/vernetzte-waffenschmieden>

goslawienkriegen wurden militärtechnische und militärische Defizite »der Europäer« und Abhängigkeiten vom US-amerikanischen Militär offensichtlich. Nach Ansicht der Rüstungsunternehmen war die DWT nicht in der Lage, deren Forderungen nach Abhilfe und deshalb nach breiter Exportförderung, neuen Geschäftsfeldern und wirksamem Schutz der deutschen Rüstungsindustrie gegen Importe von Waffensystemen politisch durchzusetzen. Unzufrieden waren insbesondere jene Konzerne, die über den EU-Binnenmarkt und die Europäische Integration »Globalisierungsgewinne einfahren« wollten: ESG (Elektroniksystem- und Logistik GmbH), EADS (European Aeronautic Defense and Space – Airbus), Diehl-Defence, KMW (Krauss-Maffei Wegmann), Lürssen (Naval Vessels Lürssen – NVL), Rheinmetall und TKMS (Thyssen-Krupp-Marine Systems). Sie betrieben die Aufwertung des BDI-Arbeitskreises bzw. Ausschusses zu Rüstungsfragen, um sich in der veränderten Welt neu aufzustellen.

In seinem Statusbericht 2002 »Für ein attraktives Deutschland« beklagte der BDI »Reformstau«, ausstehende technisch-technologische und rechtliche Regelungen, Probleme bei der Energiesicherheit, einen stark unterfinanzierten Verteidigungshaushalt und daher insgesamt wachsende Unsicherheiten für die Industrie. Der unzulängliche Verteidigungsetat »gefährdet die ... wehrtechnische Industrie, insbesondere die Bereiche Munition, Lenkflugkörper und Verteidigungselektronik ... Die Folgen für die Qualität und Quantität des deutschen militärischen Beitrages im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und damit für eine weltoffene Gesellschaft sind für jedermann erkennbar. Vor allem aber verletzt die Unterfinanzierung des Verteidigungsetats die Glaubwürdigkeit und Kooperationsfähigkeit Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik« (BDI 2002, S. 63). In seinem Verständnis nur konsequent präsentierte der BDI dann im Februar 2004 sein Gesamtreformprojekt »Für ein attraktives Deutschland. Freiheit wagen – Fesseln sprengen« (BDI 2004). Dort heißt es u. a., dass wehrtechnische Spitzenforschung zur technologischen Gesamtkompetenz eines Landes beitrage, die sich in konkurrenzfähigen Unternehmensclustern spiegele. »Solche technologischen Cluster müssen als Eckpfeiler der Attraktivität eines Landes angesehen werden.« (BDI 2004, S. 102) Erneut wurden ein ausbleibendes staatliches Engagement und ein unangemessen niedriger Verteidigungshaushalt beklagt. Dieser behindere den deutschen Beitrag zu »einer erfolgreichen Globalisierung wie einem Global Change-Management im Rahmen internationaler Initiativen von UNO, NATO und EU« (ebd.). Hingegen begrüßte man die »Agenda 2010 und später auch die »militärpolitische Agenda 2010' von Verteidigungsminister zu Guttenberg ..., um eine ... anstehende Bundeswehrreform ... umzusetzen«¹². Um »unter großem fiskalischem Druck ... die Bundeswehr nun endgültig auf Auslandseinsätze auszurichten und die Truppe demographiefest aufzustellen, wurde die Wehrpflicht ... durch die Bundesregierung im Jahr 2011 ausgesetzt«.¹³

12 <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2018/wehrpflicht-als-garant-der-landesverteidigung-zur-militaerischen-begruenderbarkeit>

13 Ebd.

Auf die systematische Verletzung seiner Sicherheitsinteressen durch die NATO reagierte Russland zunehmend imperial. An der gegen Russland gerichteten Politik, die allerdings keineswegs dessen Politik und Kriege rechtfertigt, war auch der BDI mit seinen Mitgliedern beteiligt – lange vor der Abspaltung und Einverleibung der Krim. Das mag mit Verweis auf deutsche Energieimporte und andere großdimensionierte Geschäfte verwundern, hat aber nicht zuletzt mit der Genesis der bundesdeutschen Industriestruktur und des Militärischen in der Gesellschaft zu tun. Um die Rüstungswirtschaft zu stärken, wurde in informellen Diskussionsrunden von Militärs, Unternehmern und Managern der Verteidigungsindustrie vereinbart, innerhalb des BDI den Branchenverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. zu gründen. In der Vereinssatzung ist verankert, dass die Mitgliederversammlung einen Mittelstandsbeauftragten als Beisitzer des Vorstands wählt. Die formelle Gründung des Verbandes, der ebenfalls Mitglied der DWT wurde, erfolgte im September 2009. Die DWT ihrerseits wurde als »Dialog- und Informationsplattform« weiterentwickelt, um »einen Beitrag zur bestmöglichen Ausrüstung der Bundeswehr zu leisten«¹⁴. 2012 schuf das BDI-Präsidium den Ausschuss »Sicherheit« unter Leitung des CEO der Diehl Defence, der zugleich Mitglied des Vorstandes der Lobbyorganisation Diehl Stiftung war. Der Ausschuss soll für die deutsche Industrie geeignete politische Rahmenbedingungen zu »Sicherheitsfragen« schaffen helfen. Im Vordergrund stehen ein zukunftsweisender Wirtschaftsschutz, Cybersicherheit, der Schutz kritischer Infrastrukturen sowie die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im High-Tech-Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.¹⁵ Betrug das durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland im Zeitraum von 2010 und 2014 (es liegen keine jüngeren Daten vor) ca. 3 Prozent, so erreichte das der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) bereits 7,8 Prozent, womit ihr wirtschaftliches Gewicht wuchs. Mit einem Anteil von ca. 24 Prozent verursachte die SVI die höchste indirekte Wertschöpfung bei Informationstechnologien und Informationsdienstleistungen. Neun von zehn Unternehmen der SVI betrieben und beauftragten 2014 Forschungs- und Entwicklungsleistungen. Die interne FuE-Quote der SVI betrug 10,7 Prozent zu ihrer Bruttoproduktion – 2023 lag der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland wenig über 3 Prozent des BIP. Ca. 63 Prozent der SVI-Unternehmen entwickelten ihre Innovationen in Forschungsk Kooperation mit Unternehmen außerhalb der Branche, was die enge Verflechtung ziviler und militärischer Forschung und Entwicklung unterstreicht¹⁶.

Anfang Juli 2015 veröffentlichte die Bundesregierung ihr »Strategiepapier zur Stärkung der Verteidigungsindustrie«. Sie bezog sich auf ihre Verpflichtungen im Rahmen der NATO und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) angesichts wachsender internationaler Spannungen, auch und insbeson-

14 <https://www.dwt-sgw.de/die-dwt>

15 BDI gründet neuen Ausschuss für Sicherheit | Presseportal

16 <https://www.bdsv.eu/themen/die-industrie/articles/wifor.html>

dere des Russland-Ukraine-Konflikts (Bundesregierung 2015, S. 2-7). Das Papier betont die gute Kommunikation mit der Verteidigungswirtschaft, den Betriebsräten und der IG Metall (ebd., S. 7). Dies begrüßend forderte der BDSV mit Verweis auf die Beschlüsse des Europäischen Rates vom Juni 2015, die SVI zu stärken, Regierungsinitiativen und haushaltspolitische Konsequenzen (BDSV 2015). 2017 publizierte dann der BDI seine Broschüre »Für eine moderne Sicherheitspolitik: Handlungsempfehlungen der deutschen Industrie« (BDI 2017). Damit wollte er insbesondere die Debatte zum »Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« (Bundesregierung 2016) forcieren. »Für eine umfassende und strategische Sicherheitspolitik ist es an der Zeit, dass Deutschland seine Bedeutung im internationalen Gefüge anerkennt und ausfüllt. Es ist gerade das wirtschaftliche und politische Gewicht, welches Deutschland verpflichtet, gemeinsam mit Partnern mehr Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität Europas zu übernehmen.« (BDI 2017, S. 2). Die Handlungsempfehlungen des BDI gehen an Zielgerichtetheit und Konkrettheit über die Regierungspapiere hinaus. Das Militärische hat im Wirtschaftsbereich ein solch großes Gewicht erlangt, dass seine Repräsentanten wie selbstverständlich gesellschaftspolitische, »sicherheits«, innen-, außen- und wirtschaftspolitische Forderungen artikulieren: Zugunsten von Rüstungsexporten und militärischer Forschung sollen »Politik« und Regierung großzügig deregulieren, aber industriepolitisch so agieren, dass der deutsche Beitrag zur EU-Rüstungskooperation und zur GASP wächst. Man will erfolgreich konkurrieren und man will kooperieren, wenn das der Profitmaximierung, der Stärkung eigener Machtpositionen und dem Standort dienlich ist. KMU sind in dieses Herangehen integriert. Der BDSV versteht sich als Vertreter deutscher Industrieinteressen in der NATO und insbesondere in deren Industrial Advisory Group (NIAG), die die Einbindung der SVI-Exporteure in die transnationale Rüstungskooperation zugunsten der militärischen Fähigkeiten der NATO befördert. BDSV und BDI sind bemüht, alle Möglichkeiten zu nutzen, um vor geplanten Kabinettsvorlagen und Regierungsvorschlägen ihre Positionen und Forderungen zu artikulieren und sofort nach Bekanntwerden der Dokumente Stellungnahmen zu veröffentlichen. Diese spiegeln, inwiefern man sich nachhaltig durchsetzen konnte, auch bei der Ankündigung von weiteren Maßnahmen. Das gilt auch für den »Zukunftsmarkt Weltraum« (BDI 2019), denn »militärische Einsätze sind ohne Weltraumsysteme nicht mehr vorstellbar« (ebd., S. 9).

Die Bundesregierung nahm das Thema in ihr Strategiepapier (Bundesregierung 2020) auf und erntete BDI/BDSV-Lob. Sie nutzt engagiert den von der Stiftung Münchener Sicherheitskonferenz (gemeinnützige) GmbH organisierten Austausch für ihre Politik. Seit 2015 legt die Stiftung den Munich Security Report zur Konferenzvorbereitung vor. Im Herbst 2020 erschien die Sonderausgabe »Zeitenwende. Wendezeiten«. Im Vorwort heißt es: »Der Report spricht von einer außenpolitischen Zeitenwende, die sich aus der Erosion fast aller grundlegenden Gewissheiten der deutschen Außenpolitik ergibt. Daraus ergibt sich ein durchaus massiver Anpassungsbedarf – Wendezeiten müssen die kommenden Jah-

re werden, wollen wir die Strategien, Prozesse und Instrumente entwickeln, um mit der neuen Dimension sicherheitspolitischer Herausforderungen umgehen zu können. Denn obwohl Deutschland seit 2014 ›mehr Verantwortung‹ in der einen oder anderen Form übernommen hat, ist die Nachfrage nach deutscher Führung in den letzten Jahren noch viel stärker gewachsen als das Angebot«. (W. Ischinger, MSC 2020, 5) Der Bericht würdigt eine Vorreiterrolle des BDI bei der Bewertung von Chinas Politik und bezieht sich auf Reden von Regierungsmitgliedern vor den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (ebd., S.37, 181, 183).

Kurze Zeit nach der Münchner Sicherheitskonferenz 2021 veröffentlichten der BDI und seine Mitgliederverbände BDSV und BDLI SVI-Branchen-Essentials zur Bundestagswahl 2021. Diese schreiben die bisherigen Konzepte und Forderungen nach verbesserten Produktions- und Exportbedingungen fort. Die SVI erwarte von einer Bundesregierung »eine klare Strategie mit einer Leitlinie, wie sich Deutschland bei europäischen Rüstungskooperationsvorhaben ... industriell einbringen will. Dieses Engagement ... sollte als Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO verstanden werden, zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen beitragen und zugleich der Erfüllung der gegenüber der NATO von deutscher Seite gegebenen Zusagen (›NATO-Quote‹) dienen. ... Eine verlässliche Linie in der Exportpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Deutschland im europäischen Kontext als zuverlässiger Partner geschätzt wird.« (BDI, BDSV, BDLI, 2021, S.2-3)

Wenige Tage vor Beginn des großangelegten russischen Angriffs auf die Ukraine setzte man anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 diese Linie fort: »Der Ausbau der gemeinsamen Handlungsfähigkeit und der Stärkung der Resilienz gegenüber Risiken muss in den kommenden Jahren Priorität erfahren ... Dafür braucht es technologische Fähigkeiten – militärisch und zivil. Sie bilden die notwendige Grundlage, um Abhängigkeiten zu reduzieren und globale Gestaltungskraft aufzubauen. Von Deutschland ... wird hier zurecht eine klare Führungsrolle erwartet ... Dies geht nicht ohne verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen. Zudem muss der Zugang zu ausreichender Finanzierung, dem Kapitalmarkt und zu Versicherungen für sie offenbleiben.«¹⁷

»Globale Gestaltungskraft aufbauen« ist die klare Aufforderung an die Bundesregierung, konsequent Geopolitik und eine entsprechende Bündnispolitik zu betreiben. Da geht es wiederum um Technologiepolitik und um Gesetze, die die Trennung des Militärischen vom Zivilen aufheben. Neben konkretem »mehr Staat« mit Gesetzen, staatlichen Investitionen und Subventionen soll also dereguliert und erneut die finanzmarktgestützte Mobilisierung von Akkumulationsmitteln forciert werden. Neoliberale Politik und konkretes »mehr Staat« gehen widersprüchlich zusammen und Globalisierungspraktiken werden nun stark selektiv, Kontrahenten ausgrenzend und bekämpfend betrieben. Aber es können nicht auch noch die geforderten öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, in das Bildungswesen,

17 <https://bdi.eu/artikel/news/was-ist-uns-unsere-sicherheit-wert-msc-muenchner-sicherheitskonferenz>

in die Bereiche Gesundheit, Pflege und Wohnungsbau getätigt, der Klimawandel bekämpft, Steuern gesenkt und »die Gesellschaft zusammen und ruhig gehalten« werden. Neue Konflikte und Krisen brechen aus, gesellschaftliche Probleme bleiben, menschheitliche Existenzprobleme wachsen. Gewalt gegen die Menschen, ihre natürlichen Lebensbedingungen und Mitwelt eskaliert.

»Ein Quantensprung in der europäischen Verteidigung ist ein integraler und unverzichtbarer Bestandteil für die Sicherheit der Union und ihrer Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Jahren und Jahrzehnten«¹⁸ (S. 1), erklärte die Europäische Kommission im Frühjahr 2022 und nannte dafür »Erfolgskriterien«. Nach Russlands Überfall auf die Ukraine verkündete dann der Kanzler: »Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.«¹⁹ Drei Tage später erklärten der Erste Vorsitzende der IG Metall und der BDI-Präsident, Mitbegründer des Bündnisses »Zukunft der Industrie«, dass sie »mit Nachdruck die von der Bundesregierung, der Europäischen Union und den westlichen Bündnispartnern verhängten Sanktionsmaßnahmen gegen Russland [unterstützen]« (BDI, IGM 2022). Die negativen Folgen für die Unternehmen und Beschäftigten müssten gerecht abgefedert werden, was selektiv »mehr Staat« verlangt. Die entsprechenden Forderungen seitens der Unternehmer und Manager sind unentwegt hörbar und werden von den Regierenden auch gehört. Das ändert nichts an den BDSV-Forderungen nach Deregulierung bei Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten. Mit dem BDI ist sich der BDSV einig, dass Strompreise, Klima- und Datenschutz, Planungs- und Genehmigungsverfahren, Wachstumschancengesetz und Mindeststeuer vor allem aus Sicht der internationalen Unternehmens- und Standortkonkurrenz zu debattieren sind. Die Gewerkschaften sollen im Bündnis für »Zukunft der Industrie« für die Herrschenden und Regierenden »berechenbar« bleiben.

Schlussbemerkung

In der Eurozone ist der Finanzsektor doppelt so groß wie vor dem Krisenausbruch 2008²⁰. Sein Anteil an der Finanzierung der »Sicherheits- und Verteidigungsindustrie« ist enorm. Diese ist integraler Bestandteil der Industrie und insgesamt der Wirtschaft, die zwar eine Gesellschaft mit besseren Bedingungen für leistungsfähige Arbeitskräfte und eine intakte Natur fordert, aber dafür nicht aufkommen und sich verändern will. Das liegt wesentlich an den hier aufgezeigten – in Deutschland vom BDI und seinen Mitgliedern betriebenen – Kooperationen zur maximalen Kapitalverwertung, Verteidigung und Stärkung des Standorts in der globalen Konkurrenz, in den internationalen Hierarchien und Auseinandersetzungen. Diese Kooperationen bzw. Kapitaloligarchien stützen sich auf hoch-

18 https://commission.europa.eu/system/files/2022-02/com_2022_60_1_en_act_contribution_european_defence.pdf

19 <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf>, S. 8.

20 Der Finanzsektor ist zu groß und schadet Wirtschaft und Gesellschaft (finanzwende-recherche.de)

konzentriertes und zentralisiertes Kapital, die staatlichen bzw. suprastaatlichen Garanten seiner Akkumulation und seines Schutzes, auf die Eliten »in der Politik«, im Militär und in der »Sicherheit«, im Recht, in der Forschung und Entwicklung, in der Lehre, Kultur und in den Medien, im Lobbyismus, in der Buchhaltung und Beratung ... Das schließt interne Interessenkämpfe nicht aus. Doch forciert man gemeinsam Geopolitik mit selektiv »mehr Staat«, soziale und ökologische Zerstörung, die multiple Krise. Die Oligarchien tun dies, weil sie es können, nicht daran gehindert werden, weil die von Luxemburg geforderte erfolgreiche sozialistische Kampfpolitik weiterhin aussteht.

Literatur

- BDI (2002): Für ein attraktives Deutschland. Statusbericht 2002: Nach vier Jahren rot-grüner Bundesregierung, Berlin.
- BDI (2004): Für ein attraktives Deutschland. Freiheit wagen – Fesseln sprengen. BDI-Gesamtreformkonzept, Berlin.
- BDI (2017): Für eine moderne Sicherheitspolitik. Positionspapier, Handlungsempfehlungen der deutschen Industrie, Berlin.
- BDSV (2015): Zur Verabschiedung eines Strategiepapiers der Bundesregierung zur Stärkung der SVI in Deutschland, Presseerklärung vom 8.7.2015.
- BDSV (2018): 50 Jahre NATO Industrial Advisory Group, Berlin.
- BDI, BDSV, BDLI (2021): Branchen-Essentials für die Bundestagswahl 2021 der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) aus der Sicht der Verbände BDI, BDSV, BDLI.
- Bührer, Werner/Grande, Edgar (Hrsg.) (2000): Unternehmerverbände und Staat in Deutschland, Nomos-Verlagsgesellschaft: Baden-Baden.
- Bührer, Werner (1992): Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2, 241-262, München.
- Bundesregierung (2015): Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland Berlin.
- Bundesregierung (2016): Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin.
- Bundesregierung (2020): Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Berlin.
- Bundesregierung (Juni 2023): Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Berlin.
- Luxemburg, Rosa [1903] (2000): Karl Marx, in: Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke, Bd. 1.2., Karl-Dietz Verlag, Berlin, 369-377.
- Luxemburg, Rosa [1916] (2000): Die Krise der Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Karl-Dietz Verlag, Berlin, 49-164.
- MSC (2020): Zeitenwende, Wendezeiten, Sonderausgabe des Munich Security Report zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. (Münchener Sicherheitskonferenz, 2020), <https://doi.org/10.47342/YSUC7634>.